

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im:

Betreff: Haushaltskonsolidierung - Anwendung der Dienstvereinbarung zur Begleitung der Verwaltungsreform

Bezug:

Anlagen: 1 Bezeichnung: Dienstvereinbarung zur Begleitung der Verwaltungsreform

Beschlussantrag:

1. Die zum 31.12.2011 auslaufende Dienstvereinbarung zur Verwaltungsreform, die insbesondere Regelungen über den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen sowie Regelungen über die Umsetzung von Beschäftigten und über die Gewährung von Abfindungen enthält, gilt im aktuellen Haushaltskonsolidierungsprozess entsprechend.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, rechtzeitig Verhandlungen mit der Personalvertretung über eine Verlängerung dieser Dienstvereinbarung zu führen. Insbesondere soll auch in Zukunft am „Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen“ festgehalten werden.

Begründung:

Ergebnis der Vorberatung im Verwaltungsausschuss am 27.09.2010

zu 1.:

Beschlussantrag aus der Vorlage 906/2010 (in die Fraktionen verwiesen).

zu 2.:

Antrag der SPD-Fraktion in der Sitzung.